

Wer regiert in den Vereinigten Staaten?

Dem Soziologen läge es nahe, auf diese Frage zu antworten: Der Erfolg. Und diese Antwort hat, genauer gesehen, nicht nur ihre gesellschaftliche und methaphorische Richtigkeit, sondern sie trifft auch das politische Herrschaftsverhältnis. Ein amerikanischer Präsident, der Erfolg hat und sich überdies noch populär zu machen versteht, hat eine größere Macht im Guten und Bösen als irgendein europäischer Staatslenker. Allerdings hat ihm die Konstitution ein Gegengewicht gesetzt im Kongreß und besonders im Senat, der außer seinen legislativen auch gewisse exekutive und judizielle Befugnisse genießt. Die ausschließliche Initiative steht dem Präsidenten nur in den auswärtigen Angelegenheiten zu, wobei freilich Staatsverträge der Sanktion des Senats bedürfen, die meist nur langsam gegeben und von allerlei Klauseln und Abänderungen abhängig gemacht werden, was die auswärtige Politik der Vereinigten Staaten sehr erschwert. Eine Kriegserklärung bedarf der Zustimmung des Kongresses, aber sie ist noch niemals verweigert worden, wenn einmal durch die völlig selbständigen diplomatischen Aktionen des Präsidenten das Prestige der Vereinigten Staaten engagiert worden ist. Wir haben das im Jahre 1917 erlebt, und wir haben auch gesehen, über welche unumschränkte Gewalt der Präsident während des Krieges verfügt.

In den inneren Angelegenheiten teilt er die Initiative mit den Abgeordneten, und wiewohl ihm ein Vetorecht zusteht, kann er die Gesetzwerdung von Maßnahmen, die er nicht billigt, auf die Dauer gegen den Willen des Kongresses nicht aufhalten. Er kann sogar in Anklagezustand versetzt und vor ein Senatsgericht gestellt werden, wie das dem Nachfolger Lincolns, *Andrew Johnson*, im Jahre 1868 geschah, der starrköpfig und heftig die

Wiederaufnahme der besiegten Südstaaten in den Bund nach seinem eigenen Ermessen gegen den Willen des Kongresses regeln wollte und der Verurteilung nur entging, weil zu der erforderlichen Zweidrittelmajorität für den Schuldspruch eine Stimme fehlte.

Trotz dieser konstitutionellen Beschränkungen ist auch im Frieden der Präsident der wirkliche Lenker der Vereinigten Staaten, so lange er Erfolg hat und nicht die Gesten eines Selbstherrschers annimmt. Als *Wilson* bei den Friedensverhandlungen versagte, war es aus mit seiner Macht. Das Maß aber, an dem der Erfolg gemessen wird, ist in erster Linie der wirtschaftliche Zustand der Vereinigten Staaten. Nichts ist gefährlicher für einen Präsidenten, als wenn unter seiner Regierungszeit eine schwere wirtschaftliche Depression eintritt. Wenn die republikanische Partei in den Vereinigten Staaten um so vieles öfter und länger regierte als die demokratische, so lag dies daran, daß die demokratischen Präsidenten in wirtschaftlicher Hinsicht meist Pech hatten. So wurde *Grover Cleveland*, der ein sehr tüchtiger Präsident war, eine Zollreform durchführte, *Hawai* annektierte und den *Venezuela-Konflikt* mit England auf friedlichem Wege zugunsten der Vereinigten Staaten erledigte, nicht wieder gewählt, weil ihm die Krise von 1893 zur Last gelegt wurde. So verlor auch *Roosevelt* am Ende seiner zweiten Präsidentschaft durch die Krise von 1907 vieles von seiner Popularität.

Und *Hoover*, dessen außenordentliche Energie und Begabung, dessen hohe Ethik den Stolz seiner Landsleute gebildet hatte, stößt, seit die Krise so große Dimensionen angenommen hat, in allen seinen Aktionen auf den heftigsten Widerstand des Kongresses. Man weist nicht mit Unrecht darauf hin, daß er dem Umschwung